

Kampf gegen neue Aufsichtsabgabe

Luftfahrt Tourismus- und Airlinebranche wehren sich gegen neue Gebühr für Bund

Die Vernehmlassung für eine Teilrevision des Luftfahrtgesetzes erhitzt die Gemüter. «Grundsätzlich ist die Aufsichtstätigkeit eine hoheitliche Aufgabe», schreibt Aerosuisse, der Dachverband der Schweizer Luftfahrt. «Sie muss deshalb aus allgemeinen Bundesmitteln finanziert werden.» Auch die Flugsicherung Skyguide, die Airline Swiss, der Schweizer Tourismusverband oder der Städteverband lehnen die neue Abgabe ab.

Das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) will mit der neuen Gebühr seinen Kostendeckungsgrad erhöhen. Darum sollen die Kosten für den wachsen-

den Aufwand bei der Sicherheit teils mit der Aufsichtsabgabe gedeckt werden. 18,5 Millionen Franken im Jahr sollen Airlines, Flughäfen, Produktions- und Unterhaltsbetriebe, Flugsicherung und Flugschulen zahlen.

Die Abgabe ist ein zentraler Punkt in der Luftfahrtgesetzesrevision. Angesichts der Finanzkrise kommt die Vorlage in einem ungünstigen Moment. Wegen der Krise beklagen Airlines bereits einen Rückgang an Passagieren. Ob an der Vorlage festgehalten wird, bleibt noch offen. Das Bazl will erst einmal alle Vernehmlassungs-Antworten bearbeiten. **IA**

